

Blesse, Sebastian; Lergetporer, Philipp; Pache, Clara; Zeidler, Helen

Article

Gefahr im Verzug: Was die deutsche Bevölkerung über Russlands militärische Aggression und deutsche Sicherheitspolitik denkt

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Blesse, Sebastian; Lergetporer, Philipp; Pache, Clara; Zeidler, Helen (2026) : Gefahr im Verzug: Was die deutsche Bevölkerung über Russlands militärische Aggression und deutsche Sicherheitspolitik denkt, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 79, Iss. 01, pp. 69-76

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/336100>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Forschungsergebnisse

Gefahr im Verzug

Was die deutsche Bevölkerung über Russlands militärische Aggression und deutsche Sicherheitspolitik denkt*

Sebastian Blesse, Philipp Lergetporer, Clara Pache und Helen Zeidler**

In Kürze

Der vorliegende Beitrag präsentiert Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu verteidigungspolitischen Themen in der deutschen Bevölkerung, die im Sommer 2025 durchgeführt wurde. Der Artikel stellt Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu verteidigungspolitischen Themen in der deutschen Bevölkerung vor, die im Sommer 2025 durchgeführt wurde. Eine deutliche Mehrheit zeigt sich besorgt über die Möglichkeit eines militärischen Konflikts mit Russland und fordert eine stärkere Wehrhaftigkeit Deutschlands gegenüber äußeren Bedrohungen. Viele Befragte sprechen sich für einen personellen Ausbau der Bundeswehr und ein entschiedeneres Vorgehen gegen hybride Angriffe aus. Ebenfalls unterstützt eine Mehrheit die Idee einer gemeinsamen europäischen Armee; eine relative Mehrheit befürwortet die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Zur Finanzierung zusätzlicher Verteidigungsausgaben präferieren die Befragten die Umschichtung bestehender Staatsausgaben. Insgesamt spiegeln die Ergebnisse einen klaren Reformwillen der deutschen Bevölkerung wider.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland grundlegend verändert. Vor dem Hintergrund der weitreichenden militärischen Ambitionen des Aggres-

sors Russland – nicht nur gegenüber der Ukraine, sondern auch gegenüber anderen europäischen Staaten – halten viele Expert*innen einen direkten militärischen Konflikt zwischen Russland und der NATO für wahrscheinlich (Atlantic Council 2025). Ein möglicher Angriff Russlands auf NATO-Mitglieder wie Estland, Litauen oder Polen würde gemäß Art. 5 des Nordatlantikvertrags als bewaffneter Angriff auf das gesamte Bündnis gelten und den Bündnisfall auslösen. Deutschland wäre damit verpflichtet, Beistand zu leisten, wobei Art und Umfang der Maßnahmen national entschieden werden.

* Der Artikel ist im Rahmen des an der TU München und der Universität Leipzig bearbeiteten Projekts „Politikgestaltung im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Evidenz und öffentlicher Meinung: Experimentelle Studien mit PolitikerInnen“ entstanden. Die Autor*innen danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die finanzielle Unterstützung (Projektnummer 531543399).

** Jun.-Prof. Dr. Sebastian Blesse, Universität Leipzig, Kompetenzzentrum für Kommunale Infrastruktur Sachsen (KOMKIS), und ifo Research Associate; Prof. Philipp Lergetporer, PhD., TU München und ifo Forschungsprofessor; Clara Pache, Universität Leipzig, sowie Dr. Helen Zeidler, TU München. Die Autor*innen sind nicht im Auftrag des ifo Instituts tätig.

Die Politik versucht, auf diese Risiken zu reagieren. Mit der vom damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufenen „Zeitenwende“ wurde ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr geschaffen, das die grundlegende Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik markieren sollte (Bundesregierung 2022). Zudem hat Deutschland für die Ukraine zivile Unterstützung im Umfang von rund 36 Mrd. Euro bereitgestellt und militärische Hilfen von etwa 40 Mrd. Euro zugesichert (Bundesregierung 2025). Gleichzeitig wurde die Haltung von Scholz auch aus den Reihen der Bundesregierung als zu zögerlich kritisiert, insbesondere im Hinblick auf die Freigabe zusätzlicher militärischer Unterstützung für die Ukraine (Reuters 2025). Die aktuelle Bundesregierung erhöht die Verteidigungsausgaben weiter – zuletzt durch eine Ausnahme der Schuldenbremse zugunsten zusätzlicher Verteidigungsausgaben. In den kommenden Jahren stehen damit erhebliche Mittel für höhere Verteidigungsausgaben zur Verfügung (BPB 2025).

Zugleich zeigen aktuelle Studien, dass die deutschen Streitkräfte trotz steigender Budgets weiterhin erhebliche strukturelle Defizite aufweisen. Auf europäischer Ebene verweisen sie auf Probleme wie begrenzte Produktions- und Lieferkapazitäten oder eine fragmentierte Beschaffungs- und Industrielandschaft, die einen raschen Ausbau der Verteidigungsfähigkeit Europas erschweren (Burilkov et al. 2025; Wolff et al. 2024). Auch angesichts eines möglichen (teilweisen) Rückzugs der USA aus der europäischen Sicherheitsarchitektur müsste Europa deutlich größere Anstrengungen unternehmen, um eine glaubwürdige Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu erreichen (Dorn et al. 2024).

Vor diesem Hintergrund untersucht dieser Beitrag die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu politischen Maßnahmen für mehr Wehrhaftigkeit. Existierende Studien zeigen, dass sich die Bedrohungswahrnehmung in der deutschen Bevölkerung seit Russlands Vollinvasion der Ukraine 2022 deutlich erhöht hat. Graf (2023) dokumentiert einen starken Anstieg in der Wahrnehmung Russlands als Bedrohung sowohl für die Sicherheit Deutschlands insgesamt als auch für die persönliche Sicherheit. Auch Hajek et al. (2023) berichten von einer allgemeinen Angst der Deutschen vor Krieg. Potrafke et al. (2025) zeigen zudem, dass sicherheitspolitische Schocks in der Vergangenheit, wie die islamistischen Anschläge vom 11. September 2001 oder die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, mit einer gestiegenen Unterstützung für höhere Verteidigungsausgaben und einer Vergrößerung der Bundeswehr einhergingen. Ergänzend dazu untersuchen wir in diesem Beitrag, wie die deutsche Bevölkerung verschiedene konkrete sicherheitspolitische Maßnahmen bewertet.

Die Befragung

Um das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu aktuellen sicherheitspolitischen Maßnahmen zu erfassen, haben wir im Sommer 2025 eine repräsentative Umfrage durchgeführt, die sowohl die wahrgenommene Bedrohungslage als auch verschiedene Aspekte der deutschen Sicherheitspolitik aus Sicht der Bevölkerung beleuchtet (vgl. Box „Methodik der Befragung“). Zu Beginn der Umfrage wurden die Befragten in einem kurzen Einführungstext über die geopolitische Lage sowie über die Rolle der NATO informiert.¹

Im Mittelpunkt der Erhebung standen folgende Fragen: Welche Sorgen hat die deutsche Bevölkerung im Hinblick auf mögliche militärische Konflikte mit Russland in naher Zukunft? Wie wichtig ist den Deutschen die Wehrhaftigkeit des Landes? Welche konkreten sicherheitspolitischen Maßnahmen finden die größte Zustimmung? Wird eine Erhöhung der Militärausgaben befürwortet – und falls ja, wie sollte die Finanzierung zusätzlicher Verteidigungsausgaben ausgestaltet sein?

Ziel der Umfrage ist die Analyse, inwieweit die öffentliche Meinung mit dem aktuellen sicherheitspolitischen Handeln übereinstimmt und welche zusätzlichen Maßnahmen mehrheitsfähig wären. Nicht behandelt wird, wie Sicherheitspolitik aus wissenschaftlicher oder geopolitischer Perspektive ausgestaltet sein sollte, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen.

Wie groß ist die Sorge vor einem direkten militärischen Konflikt mit Russland?

Weite Teile der Bevölkerung machen sich große Sorgen über mögliche Angriffe Russlands auf die NATO und Deutschland. Eine Mehrheit von 62 % (58 %) befürchtet einen militärischen Konflikt zwischen Russland und einem NATO-Mitgliedstaat (einem Nachbarland Deutschlands) (vgl. Abb. 1)². Nur 16 bzw. 18 % geben an, sich wenig bis gar keine Sorgen zu machen. Mit Blick auf Deutschland selbst fällt die Sorge etwas geringer, aber weiterhin substantiell aus: Rund 42 % stimmen voll und ganz oder eher der Aussage zu, dass sie große Sorgen haben, es könnte zu einem direkten militärischen Konflikt zwischen Deutschland

¹ Die Einführungstexte lauteten wie folgt: „Im Februar 2022 hat Russland die gesamte Ukraine militärisch angegriffen. In den folgenden Fragen geht es um Ihre persönliche Einschätzung zur Gefahr eines direkten militärischen Konflikts mit Russland.“ „Information: Die NATO ist ein Zusammenschluss von derzeit 32 Ländern in Europa und Nordamerika, die sich gegenseitig militärischen Beistand versprechen, falls eines ihrer Mitglieder militärisch angegriffen wird. Deutschland ist Teil der NATO.“

² Gefragt danach, was die Befragten unter einem „direkten militärischen Konflikt“ verstehen, antworten die meisten Befragten sinngemäß „Krieg“ gefolgt von „Angriff“ und „Kampf“.

Methodik der Befragung

Die Befragung wurde von Juli bis September 2025 von dem Befragungsinstitut Bilendi online durchgeführt. Insgesamt nahmen 3 297 Personen im Alter von 18 bis 74 Jahren teil. Die hier berichteten Ergebnisse beruhen auf den Antworten von 1 095 Personen, die per Zufall aus der Gesamtstichprobe ausgewählt wurden. Die übrigen Befragten beantworteten dieselben Fragen, erhielten zuvor jedoch Informationen zu Experteneinschätzungen über die Wahrscheinlichkeit zukünftiger militärischer Konflikte mit Russland (Blesse et al. 2025).

Um die in Deutschland lebende Bevölkerung im Alter von 18 bis 74 Jahren möglichst genau abzubilden, wurde die Stichprobe nach Quoten gezogen. Die Anteile in der Stichprobe orientieren sich an der amtlichen Statistik, so dass zentrale Merkmale, wie Alter, Geschlecht, Bundesland, Schulabschluss und Erwerbsstatus, in etwa der Verteilung in der Gesamtbevölkerung entsprechen.

Die Übertragbarkeit der Ergebnisse einer repräsentativen Befragung auf die Gesamtbevölkerung wird durch statistische Wahrscheinlichkeiten beschrieben. Bei dem in dieser Studie vorliegenden Stichprobenumfang beträgt der statistische Fehler für Fragen, die von rund 1 000 Personen beantwortet wurden, etwa drei Prozentpunkte. Ein gemessener Zustimmungswert von 50 % ist daher so zu verstehen, dass der tatsächliche Zustimmunganteil in der Gesamtbevölkerung mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % im Bereich zwischen 47 und 53 % liegt.

Der Anteil der Befragten, die einzelne Fragen nicht beantwortet haben, liegt unter 1 % und ist damit sehr gering. Im Text und in den Abbildungen werden Prozentwerte auf ganze Prozentpunkte gerundet. Dadurch kann die Summe der ausgewiesenen Anteile geringfügig von 100 abweichen; ebenso können sich bei der Aggregation gerundeter Werte leichte Abweichungen gegenüber den zugrunde liegenden, ungerundeten Prozentangaben ergeben.

und Russland auf deutschem Boden kommen. Mehr als ein Drittel der Befragten (40 %) befürchtet zudem, persönlich von einem solchen Szenario betroffen zu sein.

Dementsprechend misst eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung der Wehrhaftigkeit Deutschlands hohe Bedeutung bei. Rund 70 % der Befragten halten diese für „sehr wichtig“ oder „wichtig“, nur 8 % bewerten sie als eher oder sehr unwichtig (vgl. Abb. 2). Damit zeigt sich eine breite Zustimmung der Bevölkerung zu dem übergeordneten Ziel, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Wie steht die deutsche Bevölkerung zu konkreten sicherheitspolitischen Maßnahmen?

Gefragt nach der Zustimmung zu konkreten sicherheitspolitischen Maßnahmen ergibt sich ein differenzierteres Bild. In der Umfrage erheben wir die Zustimmung zu sechs verschiedenen sicherheitspolitischen Maßnahmen. Konkret fragen wir nach der Zustimmung zu (1) einer Wiedereinführung der Wehrpflicht³, (2) einer Erhöhung der Anzahl aktiver Soldat*innen in der Bundeswehr, (3) der Schaf-

fung einer gemeinsamen Armee der Europäischen Union, (4) einer Erhöhung der deutschen Militärhilfe für die Ukraine, (5) der Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdiensts sowie (6) einem stärkeren staatlichen Eingreifen gegen hybride Angriffe Russlands auf Deutschland, beispielsweise bei Sabotage, Verbreitung von *Fake News* oder politischer Einflussnahme.

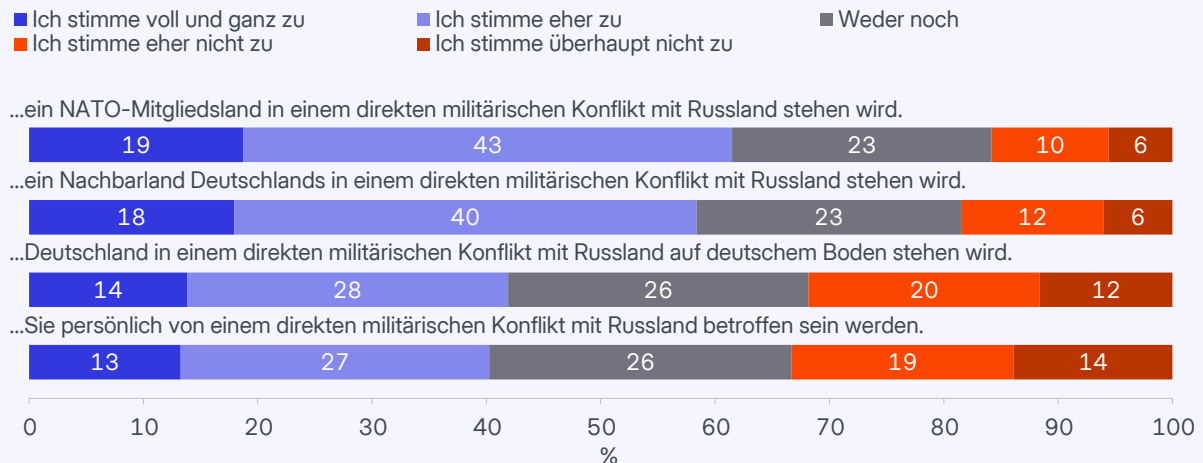
Die größte Zustimmung erhält eine generelle personelle Aufstockung der Bundeswehr: Eine absolute Mehrheit von 60 % der Befragten unterstützen diese Maßnahme, nur 14 % sprechen sich dagegen aus. Ebenfalls hohe Zustimmung erhält ein stärkeres staatliches Eingreifen gegen hybride Angriffe Russlands: 58 % der Befragten sind dafür, nur 15 % sind dagegen. Auch die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee ist mehrheitsfähig: 55 % der Befragten sprechen sich dafür aus, 18 % sind dagegen. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht wird von großen Teilen der Befragten befürwortet. Eine relative Mehrheit von 49 % der Befragten spricht sich dafür aus, 27 % sind dagegen. Ähnlich verhält es sich beim Vorschlag eines verpflichtenden Gesellschaftsdiensts, etwa im Bevölkerungsschutz, bei der Feuerwehr oder bei Hilfsorganisationen, der in der Vergangenheit wiederholt diskutiert wurde (Deutschlandfunk 2025): 48 % der Befragten befürworten eine Einführung, 21 % lehnen sie ab. Auffällig ist der hohe Anteil von Personen (32 %), die weder dafür noch dagegen

³ Am 5. Dezember 2025 hat der Bundestag dem neuen Wehrdienstgesetz zugestimmt. Der neue Wehrdienst beruht weiterhin auf Freiwilligkeit, soll jedoch durch anreizfördernde Maßnahmen attraktiver werden (BMVg 2025a).

Abb. 1

Große Sorgen vor einem direkten militärischen Konflikt mit Russland

Inwieweit macht sich die deutsche Bevölkerung große Sorgen darüber, dass...



Frage (bei 1.093 Personen der zufällig ausgewählten Kontrollgruppe): „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu, die sich auf Ihre persönlichen Sorgen hinsichtlich eines militärischen Konfliktes mit Russland beziehen? Ich mache mir große Sorgen, dass...“
Quelle: Berechnungen der Autor*innen.

© ifo Institut

sind. Gefragt nach einer Erhöhung der Militärhilfe für die Ukraine sprechen sich 27% der Befragten sehr oder eher dafür aus, 32% sind weder dafür noch dagegen, 41% sind eher oder sehr dagegen.

In der Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern zeigen sich die Deutschen klar pro-europäisch (vgl. Abb. 4). Gefragt nach der Zustimmung zu einem Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern befürworteten die Befragten nicht nur eine engere Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (67%). Sie unterstützen auch eine verstärkte Kooperation im Bereich des Zivilschutzes (66%). Ebenfalls mehrheitlich befürwortet wird der Ausbau einer gemeinsamen Außenpolitik (60%) und Wirtschaftspolitik (58%). Die Ablehnungsquoten für diese Maßnahmen sind in allen Bereichen gering und bewegen sich zwischen 10 und 12%.

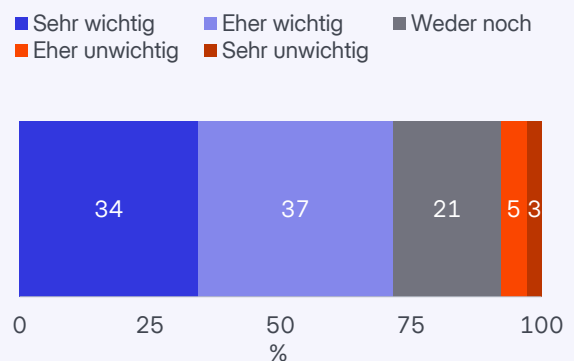
Wie steht die deutsche Bevölkerung zur Finanzierung höherer Verteidigungsausgaben?

Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen zunächst eine deutliche Bereitschaft der Bevölkerung, den Verteidigungsetat über das aktuelle Niveau hinaus auszuweiten (vgl. Abb. 5). Eine große Mehrheit von 70% der befragten Personen ist der Meinung, dass die Verteidigungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 3% oder mehr betragen sollten. Innerhalb dieser Gruppe be-

Abb. 2

Wehrhaftigkeit hat für die Mehrheit hohe Priorität

Wie wichtig ist es für die deutsche Bevölkerung, dass Deutschland insgesamt wehrhafter gegen äußere Bedrohungen wird?



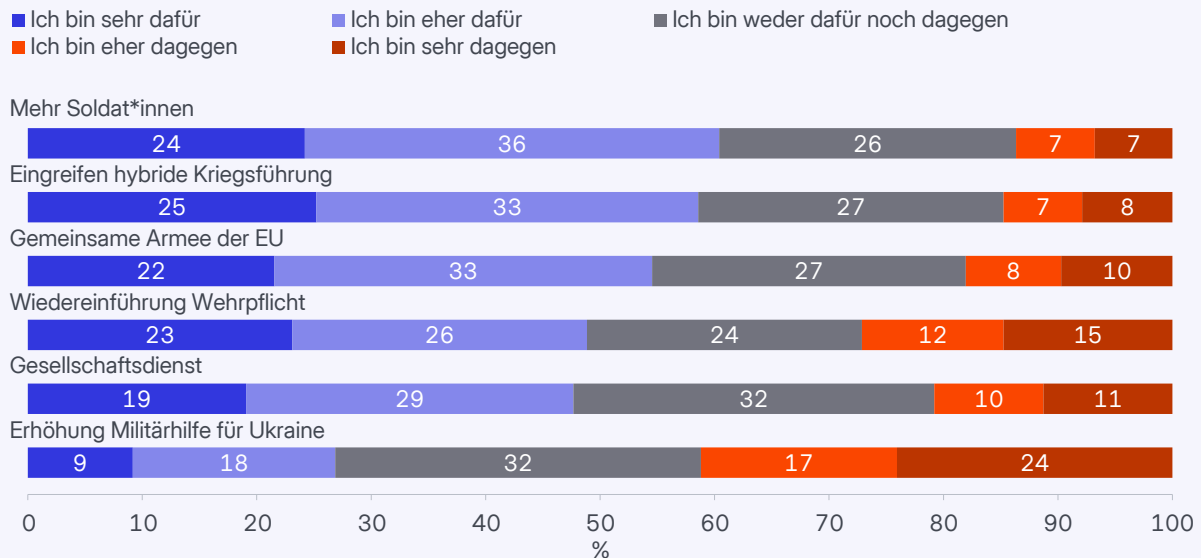
Frage (bei 1.095 Personen der zufällig ausgewählten Kontrollgruppe): „Wie wichtig ist es für Sie persönlich, dass Deutschland als Gesellschaft insgesamt wehrhafter gegen äußere Bedrohungen wird?“
Quelle: Berechnungen der Autor*innen.

© ifo Institut

Abb. 3

Mehrheit unterstützt Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit

Inwieweit unterstützt die deutsche Bevölkerung Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands?



Frage (bei 1 088 Personen der zufällig ausgewählten Kontrollgruppe): „Es werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands gegen Russland zu stärken. Inwieweit befürworten Sie folgende Maßnahmen?“
Quelle: Berechnungen der Autor*innen.

© ifo Institut

fürworten 40% sogar einen Anteil von 5% oder mehr. Damit findet die von der NATO in Den Haag beschlossene Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten auf 3,5% vom BIP und 1,5% vom BIP für weitere verteidigungsrelevante Staatsausgaben – etwa für kritischer IT-Infrastruktur oder militärisch relevante Straßen und Brücken (BMVg 2025b) – breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Lediglich 14% der Befragten befürworten einen Anteil von 1% oder weniger; weitere 17% sprechen sich für einen Anteil von 2% vom BIP aus, der dem bisherigen nationalen NATO-Ziel für Verteidigungsausgaben entspricht. Insgesamt ergibt sich damit ein klares Bild: Die Bevölkerung unterstützt eine substanzielle Ausweitung des Verteidigungshaushalts gemessen am BIP. Dies deutet auf einen deutlichen Einstellungswandel hin, der im Vergleich zu sicherheitspolitischen Debatten früherer Jahre eine größer werdende Akzeptanz militärischer Investitionen erkennen lässt.

Um besser zu verstehen, wie eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben aus Sicht der Befragten finanziert werden sollte, erfragten wir auch Präferenzen hinsichtlich möglicher Umschichtungen von öffentlichen Ausgaben. Den Befragten wurde dabei jeweils die derzeitige Verteilung der öffentlichen Ausgaben als Orientierung vorgegeben. Auf

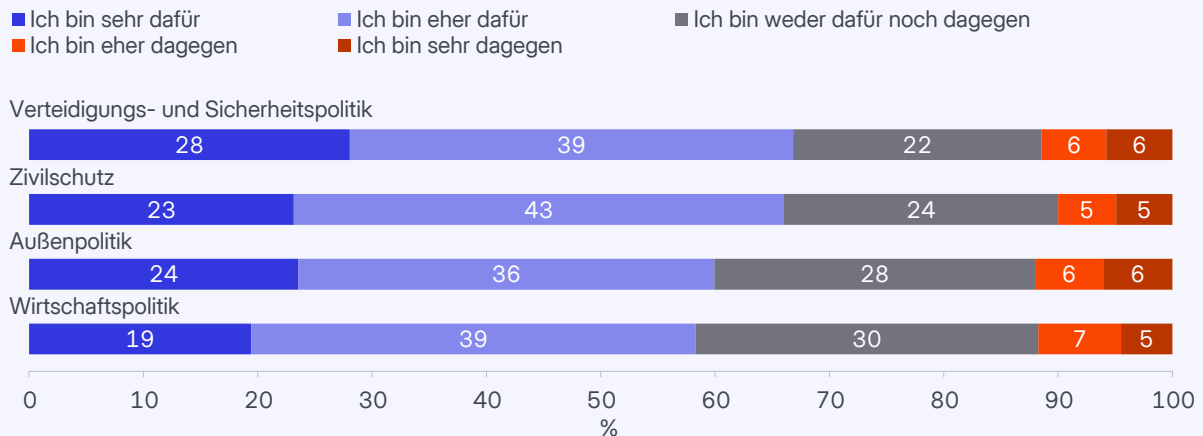
dieser Grundlage sollten sie mit Hilfe von Schiebereglern angeben, wie hoch die Staatsausgaben für die jeweiligen Ausgabenbereiche aus ihrer Sicht sein sollten. So lässt sich ermitteln, ob die Befragten im Durchschnitt für sinkende, gleichbleibende oder steigende Ausgabenanteile in den einzelnen Bereichen sind. Die angegebenen Anteile am Gesamthaushalt mussten sich dabei stets auf 100% summieren, so dass höhere Ausgabenwünsche in einzelnen Bereichen notwendigerweise mit Abwägungen und Einsparungen in anderen Bereichen verbunden waren.

Dabei zeigt sich eine klare Tendenz zur Priorisierung sicherheitsrelevanter Bereiche (vgl. Abb. 6). So sprechen sich 85% für höhere Ausgaben in dem Bereich „Innere Sicherheit und Öffentliche Ordnung (z.B. Polizei und Bevölkerungsschutz)“ aus. Die Ausgaben für Verteidigung sollen nach Ansicht von 77% der Befragten steigen. Auch in den Bereichen Bildung und Gesundheit sprechen sich mit 83 und 59% klare Mehrheiten für Ausgabenerhöhungen aus. Besonders deutlich fällt die Meinung im Bereich der „Sozialen Sicherung (z.B. Rentenzuschüsse, Bürgergeld)“ aus, der derzeit mit rund 41% den größten Anteil an den öffentlichen Ausgaben einnimmt (Eurostat 2025). Eine klare Mehrheit von 83% der Befragten hält diesen Ausgabenblock jedoch für zu umfangreich und spricht

Abb. 4

Mehrheit befürwortet stärkere Zusammenarbeit auf EU-Ebene

Inwieweit unterstützt die deutsche Bevölkerung einen Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern in folgenden Bereichen?



Frage (bei 1 088 Personen der zufällig ausgewählten Kontrollgruppe): „Inwieweit sind Sie dafür oder dagegen, dass Deutschland die Zusammenarbeit in folgenden Bereichen mit anderen EU-Ländern ausbaut?“
Quelle: Berechnungen der Autor*innen.

© ifo Institut

sich für eine Reduzierung aus. Auch die unter „Andere (z.B. Umweltschutz, Wohnen, Kultur, öffentliche Verwaltung und Wirtschaftsförderung)“ zusammengefassten staatlichen Ausgabenbereiche, die zusammen rund 29% des Haushalts ausmachen, sollen nach Ansicht von 87% der Befragten reduziert werden. Insgesamt gibt es eine klare Bereitschaft, Mehrausgaben im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich auch durch Umschichtungen innerhalb des bestehenden Haushalts zu finanzieren, insbesondere zu Lasten der sozialen Sicherung und anderer staatlicher Ausgabenbereiche.

In Bezug auf die Frage, ob Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse ausgenommen werden sollten, ergibt sich ein weniger eindeutiges Bild. Mit 38% unterstützt zwar eine relative Mehrheit eine solche – zwischenzeitlich im Deutschen Bundestag verabschiedete – Ausnahme, allerdings sprechen sich auch 32% dagegen aus; 30% nehmen eine neutrale Position ein (vgl. Abb. 7).⁴

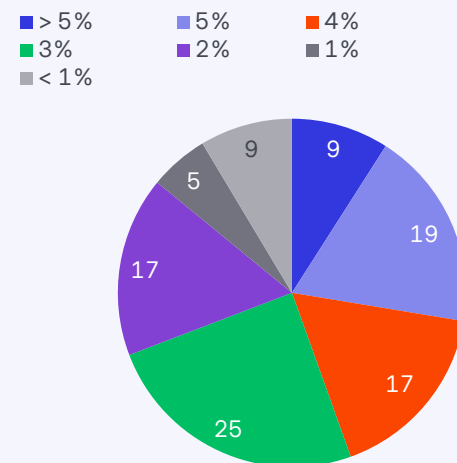
Bei der Frage, wie zusätzliche Verteidigungsausgaben konkret finanziert werden sollen, ist eine klare Mehrheit (59%) für Einsparungen in anderen staatlichen Ausgabenbereichen (vgl. Abb. 8). Ein Viertel der Befragten (25%) ist

⁴ Im Einklang mit unseren Ergebnissen zeigen Behringer und Endres (2025), dass sich eine relative Mehrheit der deutschen Bevölkerung für eine Lockerung der Schuldenbremse ausspricht, um höhere staatliche Investitionen in Verteidigung zu ermöglichen.

Abb. 5

Große Zustimmung zu höheren Verteidigungsausgaben

Wie hoch sollte der jährliche Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt zukünftig sein?



Frage (bei 1 094 Personen der zufällig ausgewählten Kontrollgruppe): „Im Jahr 2024 hat Deutschland etwa 2% seiner Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) für Verteidigung ausgegeben. Wie hoch sollte dieser jährliche Anteil Ihrer Meinung nach in Zukunft sein?“
Quelle: Berechnungen der Autor*innen.

© ifo Institut

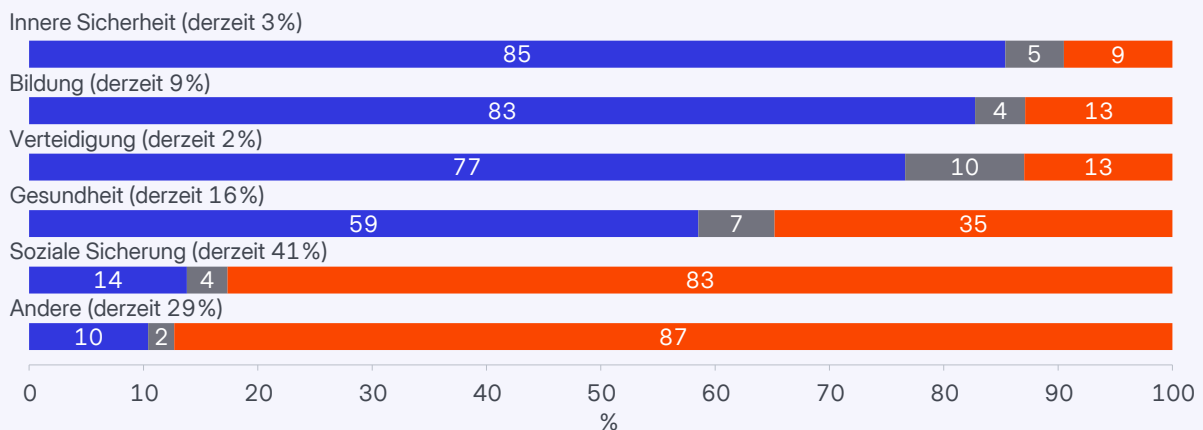
Abb. 6

Mehr Ausgaben für Sicherheit, Einsparungen bei sozialer Sicherung

Vergleich zu tatsächlichen Ausgabeanteilen 2023

Sollte der Anteil der öffentlichen Ausgaben in den verschiedenen Bereichen steigen, unverändert bleiben oder sinken?

■ Steigen ■ Unverändert bleiben ■ Sinken



Frage (bei 1 095 Personen der zufällig ausgewählten Kontrollgruppe): „Sie sehen die staatlichen Bereiche, in denen der Großteil der öffentlichen Ausgaben Deutschlands getätigt wird. Wie hoch sollten die jeweiligen Ausgabenanteile Ihrer Meinung nach sein? Schieben Sie die Regler und bestimmen Sie so, wie hoch der Anteil der öffentlichen Ausgaben in den verschiedenen Bereichen sein sollte. Insgesamt müssen die Werte 100 ergeben (keine Neuverschuldung).“

Quelle: Berechnungen der Autor*innen.

© ifo Institut

für eine Finanzierung über zusätzliche staatliche Verschuldung, während 16 % Steuererhöhungen unterstützen. Insgesamt zeigt sich damit, dass die Bevölkerung höhere Verteidigungsausgaben vor allem durch eine Umverteilung innerhalb des Staatshaushalts und deutlich weniger durch zusätzliche Belastungen oder eine höhere Staatsverschuldung finanziert sehen möchte.

Zusammenfassung

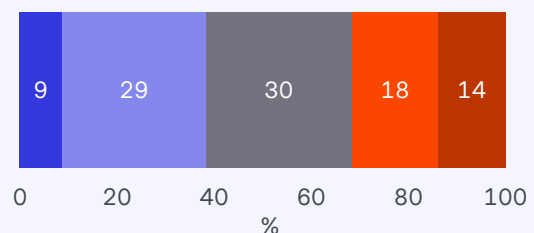
Die Ergebnisse der Befragung zeigen ein insgesamt hohes Maß an sicherheitspolitischer Sensibilität in der deutschen Bevölkerung. Internationale sicherheitspolitische Risiken – konkret Russlands militärische Aggressionen – werden ernst genommen, und es besteht eine breite Zustimmung zu einer Stärkung der nationalen wie auch der europäischen Verteidigungsfähigkeit. Diese Unterstützung reicht über abstrakte Zielbekundungen hinaus und umfasst konkrete Maßnahmen wie den personellen Ausbau der Bundeswehr, ein entschiedeneres Vorgehen gegen hybride Bedrohungen sowie eine vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Zugleich signalisiert eine deutliche Mehrheit die Bereitschaft, höhere Verteidigungsausgaben zu tragen und diese Priorisierung auch haushaltspolitisch umzusetzen. Dabei be-

Abb. 7

Ausnahme bei der Schuldenbremse bleibt umstritten

Inwieweit unterstützt die deutsche Bevölkerung die Grundgesetzänderung bei Verteidigungsausgaben?

■ Ich bin sehr dafür
 ■ Ich bin eher dafür
 ■ Ich bin weder dafür noch dagegen
 ■ Ich bin eher dagegen
 ■ Ich bin sehr dagegen



Frage (bei 1 095 Personen der zufällig ausgewählten Kontrollgruppe): „Durch eine Grundgesetzänderung kann der Bund die Verteidigungsausgaben erheblich steigern, ohne an die Schuldenbremse gebunden zu sein. Deutschland kann nun theoretisch unbegrenzt in Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste und Cybersicherheit investieren. Inwieweit unterstützen Sie diese Gesetzesänderung?“

Quelle: Berechnungen der Autor*innen.

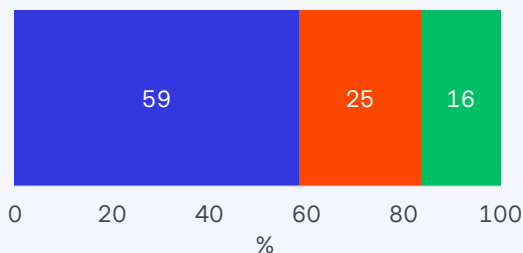
© ifo Institut

Abb. 8

Mehrheit möchte Verteidigung durch Einsparungen in anderen Bereichen finanzieren

Wie sollten etwaige Zusatzaufgaben für Verteidigung finanziert werden?

- Einsparungen in anderen Bereichen
- Neuverschuldung
- Steuererhöhung



Frage (bei 1 086 Personen der zufällig ausgewählten Kontrollgruppe): „Wie sollten Ihrer Meinung nach etwaige Zusatzausgaben für Verteidigung finanziert werden? Mehrfachantwort möglich.“
Quelle: Berechnungen der Autor*innen. © ifo Institut

vorzugt die Bevölkerung jedoch klar Umschichtungen innerhalb des bestehenden Staatshaushalts gegenüber zusätzlicher Verschuldung oder Steuererhöhungen. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf einen spürbaren Einstellungswandel hin, der sich in einer gewachsenen Akzeptanz sicherheitspolitischer Investitionen niederschlägt, zugleich aber klare Erwartungen an deren Finanzierung und politische Ausgestaltung formuliert. •

Referenzen

Atlantic Council.(2025), *The Global Foresight 2025 Survey: Full Results*, Scowcroft Center for Strategy and Security, Washington, DC.

Behringer, J. und L. Endres (2025), „Lockerung der Schuldenbremsen 2025 findet deutlichen Rückhalt in der Bevölkerung“, IMK Policy Brief Nr. 205, Dezember 2025.

Blesse, S., P. Lergetporer, C. Pache und H. Zeidler (2025), „When the Headline Hits Home: Perceived Risk of Military Conflict and Preferences for Defense Policy“, mimeo.

Bundesministerium der Verteidigung – BMVg (2025a), „Neuer Wehrdienst – Regierung schafft rechtliche Grundlage“, verfügbar unter: <https://www.bmvg.de/de/neuer-wehrdienst>, aufgerufen am 11. Dezember 2025.

Bundesministerium der Verteidigung – BMVg (2025b), „NATO-Gipfel 2025: Historischer Beschluss zu Verteidigungsausgaben der Allianz“, verfügbar unter: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/nato-gipfel-2025-historischer-beschluss-verteidigungsausgaben-5952094>, aufgerufen am 11. Dezember 2025.

Bundesregierung (2022), „Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Bundeswehrtagung am 16. September 2022 in Berlin“, verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzler-olaf-scholz-2127314>, aufgerufen am 16. Dezember 2025.

Bundesregierung (2025), „So unterstützt Deutschland die Ukraine“, verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschland-hilft-der-ukraine-2160274>, aufgerufen am 25. November 2025.

Bundeszentrale für politische Bildung – BPB (2025), „Grundgesetz-änderung für Verteidigung und Sondervermögen“, verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/560839/grundgesetz-aenderung-fuer-verteidigung-und-sondervermoegen/>, aufgerufen am 11. Dezember 2025.

Burilkov, A., K. Bushnell, J. Mejino-López, T. Morgan und G. B. Wolff (2025), *Fit for War by 2030? European Rearmament Efforts Vis-à-Vis Russia*, Kiel Report No. 3, Kiel Institute.

Deutschlandfunk (2025), „Steinmeier bekräftigt Vorschlag eines sozialen Pflichtdienstes“, 12. September, verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunk.de/steinmeier-bekraeftigt-vorschlag-eines-sozialen-pflichtdienstes-100.html>, aufgerufen am 25. November 2025.

Dorn, F., N. Potrafke und M. Schlepper (2024), *European Defence Spending in 2024 and Beyond: How to Provide Security in an Economically Challenging Environment*, EconPol Policy Report 45.

Eurostat (2025), „Government Expenditure by Function (COFOG)“, verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/gov_10a_exp/default/table.

Graf, T. (2023), „Der Ukraine-Krieg als exogener Schock für das Russlandbild und die Bündnissolidarität in der deutschen Bevölkerung“, in: S. Hansen, O. Husieva und K. Frankenthal (Hrsg.), *Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik*, Nomos, Baden-Baden, 255–279.

Hajek, A., B. Kretzler und H. H. König (2023), „Fear of War and Mental Health in Germany“, *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology* 58(7), 1049–1054.

Potrafke, N., E. Scholten, T. Tähtinen und K. Theocharopoulos (2025), „German Public Opinion on Defense and the Bundeswehr“, *EconPol Forum* 26(3), 10–16.

Reuters (2025), „German Foreign Minister Criticises Scholz for Blocking More Ukraine Aid, Report Says“, 17. Januar, verfügbar unter: <https://www.reuters.com/world/europe/german-foreign-minister-criticises-scholz-blocking-more-ukraine-aid-report-says-2025-01-17/>, aufgerufen am 15. Dezember 2025.

Wolff, G. B., A. Burilkov, K. Bushnell und I. Kharitonov (2024), *Kriegstüchtig in Jahrzehnten: Europas und Deutschlands langsame Aufrüstung gegenüber Russland*, Kiel Report No. 1, Kiel Institute.